

Wacker-Theodorakopoulos, Cora

Article — Digitized Version

Privater Verbrauch und Preissubventionierung ist Ostdeutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wacker-Theodorakopoulos, Cora (1992) : Privater Verbrauch und Preissubventionierung ist Ostdeutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 6, pp. 319-324

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136893>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Cora Wacker-Theodorakopoulos

Privater Verbrauch und Preissubventionierung in Ostdeutschland

Neben umfangreichen Transferleistungen an die ostdeutschen Haushalte führte die Bundesregierung zur Abfederung des Anpassungsprozesses die Preissubventionierung in Ostdeutschland fort. Welche Auswirkungen hatte dies auf die Struktur des privaten Verbrauchs? Ist die Beibehaltung der Subventionierung sinnvoll?

In der laufenden Anpassungsphase der neuen Bundesländer an das westliche Einkommens- und Verbrauchsniveau fließen den privaten Haushalten in Ostdeutschland in hohem Ausmaß Transferleistungen aus dem Bundeshaushalt zu. Die verfügbaren Einkommen dieser Haushalte sind damit höher, als es ihrer tatsächlichen Wirtschaftskraft entspricht. Es stellt sich hierbei die Frage, wie der private Verbrauch dadurch beeinflußt wird. Passen sich die Haushalte den westlichen Verbrauchsmustern an, oder bilden sich andere Schwerpunkte? Das Einkommen der Haushalte wird aber nicht nur durch zusätzliche Transferleistungen erhöht, sondern auch durch eine direkte Subventionierung der Preise. Wie verändert

sich dadurch die Verbrauchsstruktur? Sind solche Subventionen notwendig oder überwiegen ihre Nachteile?

In den neuen Bundesländern ist eine deutlich andere Verbrauchsstruktur als in den alten Bundesländern zu erkennen. Die Struktur in Ostdeutschland weist Merkmale auf, die mehr der einer weniger entwickelten Volkswirtschaft entsprechen. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, der häufig als Maßstab für den Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft herangezogen wird, liegt bei allen Haushaltsgruppen höher als in Westdeutschland und beträgt beispielsweise bei Rentnerhaushalten mit zwei Personen im ersten Halbjahr 1990, also vor der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland, fast 45%, während sich der vergleichbare Wert für die alten Bundesländer auf 27,5% beläuft (vgl. Tabelle 1). Hieraus läßt sich ableiten, daß das Einkommen der Haushalte noch zu gering war, um über die Deckung des Grundbedarfs hinaus eventuell noch Güter des gehobenen Bedarfs erwerben zu können.

Cora Wacker-Theodorakopoulos ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsordnung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Allerdings ist gerade bei der Betrachtung der ehemaligen DDR nicht nur das niedrigere Einkommen der privaten Haushalte von Bedeutung. Viele Güter waren in der ehemaligen DDR gar nicht erhältlich, so daß auch ein starker Nachholbedarf eine abweichende Verbrauchsstruktur entstehen läßt. Ein Vergleich der Ausstattungsgrade der beiden hier betrachteten Haushaltstypen (2-Personen-Rentnerhaushalt und 4-Personen-Haushalt mit zwei Kindern unter 17 Jahren) in Ost und West zeigt zunächst, daß die Haushalte in beiden Gebieten mit langlebigen Gebrauchsgütern recht gut ausgestattet sind. Ein Nachholbedarf in Ostdeutschland ist nur bei Waschmaschinen für Rentnerhaushalte und bei PKW und Farbfernsehern für beide Haushaltstypen zu erkennen. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, daß viele ostdeutsche Gebrauchsgüter nur eine mindere Qualität hatten. Es ist daher nach der Vereinigung nicht nur von einer verstärkten Nachfrage aufgrund des erstmaligen Erwerbs dieser Güter, also der Erhöhung der Ausstattungsgrade, sondern auch aufgrund eines erhöhten Ersatzbedarfs auszugehen.

Anpassung der Verbrauchsstruktur

Insbesondere das Jahr 1990 ist für eine Untersuchung interessant, weil die D-Mark eingeführt und damit einhergehend die Preise weitgehend freigegeben wurden. Beim Vergleich der beiden Halbjahre 1990 wird deutlich, daß zwei gegenläufige Trends zu beobachten sind. Einerseits nähert sich die ostdeutsche Verbrauchsstruktur der westdeutschen an. So ist der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel für beide betrachteten Haushaltstypen erheblich gesunken, obwohl im zweiten Halbjahr die Preissubventionen für die Grundnahrungsmittel aufgehoben wurden. Dieser Anteil sinkt andererseits aber auch deshalb so stark, weil der private Verbrauch insgesamt zugenommen hat und zusätzlich Nachholkäufe getätigt wurden.

Besonders gravierend ist die Anteilsverschiebung bei den Kraftfahrzeugen. Der Anteil der Ausgaben für einen PKW lag bei den Haushalten mit Kindern und mit mittlerem Einkommen in Westdeutschland über einen länge-

ren Zeitraum hinweg bei etwa 7%. Der gleiche Wert veränderte sich von 5% in der ersten auf 18% in der zweiten Jahreshälfte 1990 in Ostdeutschland (vgl. Schaubild).

Es ist also deutlich zu erkennen, daß die Bewohner der neuen Bundesländer sehr schnell ihr transferbedingtes höheres Einkommen und ihre Ersparnisse bzw. die neuen Kreditmöglichkeiten zur Finanzierung vorher nicht erhältlicher PKW nutzten, um hier einen starken Nachholbedarf zu befriedigen. Langfristig ist aber zu vermuten, daß, wenn diese Nachholkäufe erst einmal getätigt sind und die Preissubventionen aufgehoben werden, auch der Anteil dieses Verwendungszwecks wieder sinkt und sich möglicherweise auf westdeutschem Niveau einpendelt. Im ersten Halbjahr 1991 ist der Anteil der Ausgaben für einen PKW der Familien mit zwei Kindern von 18,1% auf 17,6% bereits leicht zurückgegangen.

Ein weiterer Verwendungszweck, in dem sich eine auffällige Veränderung ergab, ist der der sogenannten persönlichen Ausstattung (Uhren, Schmuck, Reisen etc.). Insbesondere die Reisen spielten hier eine bedeutende Rolle. Schon im ersten Halbjahr 1990 nahmen die Ausgaben hierfür in Ostdeutschland einen fast doppelt so großen Anteil ein wie in Westdeutschland. Die Gründe hierfür sind in der stark eingeschränkten Reisefreiheit in der ehemaligen DDR zu sehen. Hier war das Nachholbedürfnis offenbar am stärksten ausgeprägt. Es zeigte sich aber schon im zweiten Halbjahr, daß dieses Bedürfnis mit der zunehmenden Sicherheit, daß die Reisefreiheit auch langfristig bestehen bleibt, von anderen Konsumwünschen zurückgedrängt wird. Die Reisefreudigkeit der Familien mit zwei Kindern lag im zweiten Halbjahr nämlich schon unter dem Durchschnittswert in Westdeutschland und ging im ersten Halbjahr 1991 noch etwas weiter zurück.

Bezüglich der Verbrauchsgewohnheiten zwischen Ost und West kann für den Verwendungszweck Nahrungs- und Genußmittel aufgrund des Datenmaterials detaillierter festgestellt werden, wo die Präferenzen der einzelnen Haushaltstypen liegen. In der ehemaligen DDR ver-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis
DM 135,-
ISSN 0023-3439

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

OSTDEUTSCHLAND

brauchten die Haushalte 1989 mengenmäßig bei einigen Nahrungs- und Genußmitteln mehr als die westdeutschen, wobei einerseits die gezielte Subventionierung der Grundnahrungsmittel und andererseits die Verfügbarkeit der Güter die bestimmenden Faktoren hierfür waren. Dies gilt insbesondere für Fleisch, Milch, Butter, Brot, Zucker, Mehl, Bier und Zigaretten. Die westdeutschen Haushalte gaben im Gegensatz dazu für höherwertige Produkte wie Geflügel, Käse und Sekt mehr aus. Insgesamt zeichnet sich jedoch seit der Vereinigung auch hier eine Anpassung an westdeutsche Ernährungsgewohnheiten ab.

Unterschiedliche Einkommensentwicklung

Bei der Betrachtung des Einkommensniveaus der einzelnen Haushaltstypen zeigt sich, daß die Rentnerhaushalte in Ostdeutschland – nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – schon fast 80% des Einkommens der entsprechenden Haushaltsgruppe in Westdeutschland erreicht haben (vgl. Tabelle 2). Die Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch unterscheiden sich so-

gar noch weniger, so daß – wenn die höheren Mieten in Westdeutschland berücksichtigt werden – die Rentner in Ostdeutschland für einige Verwendungszwecke mehr ausgegeben haben als die in Westdeutschland. Insbesondere für den Verwendungszweck Haushaltsführung gaben die Rentner ostdeutscher 2-Personen-Haushalte doppelt soviel wie die Rentner westdeutscher 2-Personen-Haushalte aus. Der Anteil langlebiger Gebrauchsgüter ist bei diesem Verwendungszweck besonders groß. Es ist auch hier – ähnlich wie bei dem Verbrauchsanteil für PKW – zu erwarten, daß der hohe Verbrauchsanteil, wenn der Nachholbedarf gedeckt ist, wieder sinken und sich dem westdeutschen Niveau anpassen wird.

Gravierender sind die Einkommensunterschiede bislang noch bei den Haushaltstypen II und III, also von Familien mit Kindern. Das ausgabefähige Einkommen (in dem Transfers und Zinsen enthalten sind) dieser Haushaltsgruppe ist in Westdeutschland mehr als doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Der private Verbrauch der westdeutschen Familien ist immerhin 1,8mal so hoch wie der der ostdeutschen. Die Verbrauchs-

Tabelle 1
Monatliche Ausgaben für den privaten Verbrauch der Haushalte nach Haushaltstypen

	Rentnerhepaare				Ehepaare mit 2 Kindern			
	Ostdeutschland		1. Hj. 1991	Westdeutschland 1990	Ostdeutschland		1. Hj. 1991	Westdeutschland 1990
	1. Hj. 1990	2. Hj. 1990			1. Hj. 1990	2. Hj. 1990		
	in Mark	in DM			in Mark	in DM		
Nahrungs- und Genußmittel	490	490	476	491	715	724	718	934
in %	45	37	32	28	38	30	32	22
dar. Tabak	16	16	13	14	39	35	38	22
in %	2	1	1	1	2	1	2	1
Bekleidung, Schuhe	107	101	106	102	236	245	220	363
in %	10	8	7	6	13	10	10	8
Mieten, Energie, Wasser	74	84	120	619	101	104	139	1085
in %	7	6	8	35	5	4	6	25
dar. Mieten	36	42	37	481	55	58	55	877
in %	3	3	3	27	3	2	2	21
Haushaltsführung	117	201	220	103	276	288	267	335
in %	11	15	15	6	15	12	12	8
Körper- und Gesundheitspflege	40	60	77	84	46	62	67	247
in %	4	4	5	5	2	3	3	5
Verkehr, Nachrichten	94	219	312	209	244	630	598	683
in %	9	17	21	12	13	26	26	16
dar. Kfz	12	119	214	69	94	436	401	291
in %	1	9	14	4	5	18	18	7
Bildung, Unterhaltung	110	113	116	119	148	289	213	489
in %	10	9	8	7	8	12	9	11
Persönliche Ausstattung	59	57	66	59	92	66	50	182
in %	5	4	4	3	5	3	2	4
dar. Reisen	52	47	57	38	76	43	35	124
in %	5	4	4	2	4	2	2	3
Privater Verbrauch	1090	1325	1491	1786	1858	2407	2272	4317
in %	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

strukturen dieser Haushaltstypen weichen jedoch nicht so stark voneinander ab wie die der Rentner. Lediglich bei den Verwendungszwecken Wohnungsmieten und Verkehr zeigten sich erhebliche Abweichungen. Für die Mieten mußte in Westdeutschland achtmal so viel aufgewendet werden wie in Ostdeutschland. Die Ausgaben für den Verwendungszweck Verkehr entsprachen in dieser Haushaltsguppe einander; weil der Gesamtverbrauch jedoch so unterschiedlich hoch ist, nahm der Verkehrsbereich in Ostdeutschland einen erheblich größeren Anteil ein.

In der zweiten Jahreshälfte 1990 ist das Einkommen einzelner Haushalte in Ostdeutschland teilweise sogar leicht gesunken (dies gilt z. B. für 3-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten) oder konstant geblieben bzw. nur schwach gestiegen. Dies lag jedoch nicht an der Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit – diese stiegen bei allen Haushaltsgruppen permanent –, sondern daran, daß die Einnahmen aus Vermögen zurückgingen. Dies ist auch unmittelbar einsichtig, weil die Ostdeutschen mit der Einführung der D-Mark ihre nunmehr auf D-Mark umgestellten Ersparnisse auflösten, um möglichst schnell langgehegte Konsumwünsche verwirklichen zu können. Es kam daher im zweiten Halbjahr 1990 zu einer gegenläufigen Entwicklung von privatem Verbrauch und ausgabefähigem Einkommen, so daß die Sparquote stark zurückging. Aber schon im ersten Halbjahr 1991 trat dieses Phänomen nicht mehr auf. Die Einkommen stiegen jetzt wieder etwas stärker als der private Verbrauch an, so daß die Ersparnis wieder zunahm. Ende 1990 verfügten die ostdeutschen privaten Haushalte durchschnittlich über ein Nettogeldvermögen von etwa 20000 DM, das durch weiteres Sparen und verbesserte Anlagemöglichkeiten kontinuierlich ansteigt¹.

Über einzelne Haushaltstypen mit sehr geringem Einkommen liegen keine Informationen über die zeitliche Entwicklung vor. Dies trifft etwa für die in Ostdeutschland wohl sehr bedeutende Gruppe der Alleinerziehenden zu. Ihr ausgabefähiges Einkommen lag im ersten Halbjahr 1991 noch unter dem der Rentner. Da hier ein Großteil des privaten Verbrauchs für den grundlegenden Bedarf ausgegeben werden mußte, waren in diesem Zeitraum die Ausgaben für die Güter, auf die sich der Nachholbedarf vor allem richtet, auch noch niedriger als bei den Rentnern. Sie erreichten in etwa den Anteilswert, den

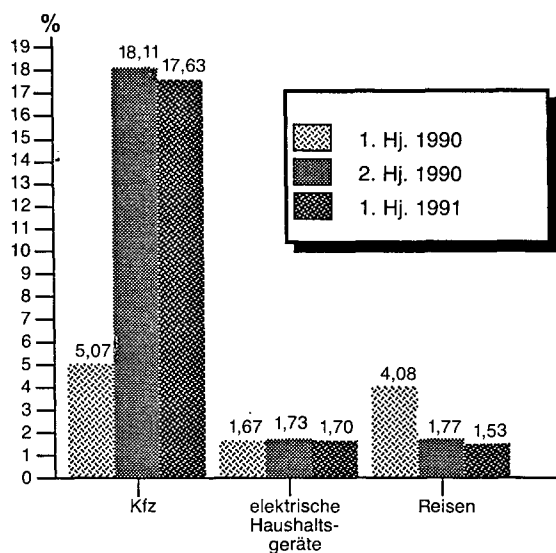
diese Verwendungszwecke in der ehemaligen DDR – für alle Haushalte gerechnet – aufwiesen. Diese Haushalte konnten ihren Nachholbedarf im Beobachtungszeitraum noch nicht decken. Noch schlechter ist die Informationsbasis bei den Haushalten von Arbeitslosen, deren Anzahl in Ostdeutschland sehr hoch ist. Es existieren keine offiziellen Angaben über den privaten Verbrauch; diese Haushalte müssen daher hier unberücksichtigt bleiben.

Direkte Preissubventionierung

Obwohl im Durchschnitt die Einkommen der privaten Haushalte mit Hilfe der Transferleistungen so hoch waren, daß sie schon nach kurzer Umstellungsfrist wieder erneut sparen konnten, die Einnahmen also ausreichten, den privaten Verbrauch zu tragen, behielt der Gesetzgeber dennoch einige direkte Preissubventionen bei. Dieses globale Mittel ist zwar politisch leicht durchsetzbar, aber langfristig führt es sogar vom Ziel weg, den Übergangsprozeß der ostdeutschen Haushalte zu erleichtern und zu beschleunigen.

Durch die Subventionierung der Preise werden diese künstlich auf einem niedrigen Niveau gehalten, und die Hersteller der jeweiligen Güter erhalten einen direkten Ausgleich ihrer Kosten aus der Staatskasse. Dies hat einerseits die Wirkung, daß die Preise verzerrt werden und die Haushalte ihre Präferenzen nach künstlichen Preisrelationen ausrichten. Bei einem Abbau der Subventionen

Veränderung der Verbrauchsanteile ausgewählter Güter in Ostdeutschland (Ehepaare mit 2 Kindern)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1992, S. 22.

² Vgl. Bundestagsdrucksache 12/1098, S. 93.

³ Vgl. H. Gerlach u. a.: Erste Regionalinformation zur Wohnungsverorgung im vereinten Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 5/6, 1991, S. 266.

können dann schubartige Veränderungen im gesamten Preisgefüge eintreten.

Andererseits werden durch eine Preissubventionierung Branchen begünstigt, ohne daß ökonomische Gründe für eine Regulierung vorliegen. Diese Art der Subventionierung hat zur Folge, daß Anreize für die Unternehmen gesetzt werden, die ausgleichenden Kosten zu maximieren, und keine Anreize, effizient zu produzieren. Es ist daher weitaus sinnvoller, den Anpassungsprozeß der privaten Haushalte ausschließlich durch personengebundene Transferleistungen zu erleichtern. Dadurch, daß diese Leistungen einkommensabhängig sind, können diejenigen Haushalte, die am stärksten von der Umstellung betroffen sind, wie etwa Arbeitslose oder Rentner, auch am effektivsten gefördert werden.

Auch nach der Vereinigung behielt der Gesetzgeber die schon vor 1990 auf niedrigem Niveau festgelegten Preise für Mieten, Energie, Verkehrsleistungen und Kindergartenplätze bei. Die Haushalte konnten so für andere Verwendungszwecke deutlich mehr ausgeben als es ihrer Wirtschaftskraft entsprach, weil gerade der Verwendungszweck Mieten und Energie im allgemeinen einen erheblichen Anteil des privaten Verbrauchs einnimmt.

Verzerrte Verbraucherpreise

In der ehemaligen DDR lagen die staatlich festgelegten Mietpreise zwischen 0,47 Mark und 1,25 Mark pro qm je nach Baualter und Qualität². Da diese Mieten nicht kostendeckend waren, wurden der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft Subventionen bereitgestellt, wohingegen die privaten Vermieter in der

ehemaligen DDR keine Unterstützung erhielten. Die Subventionierung wurde nach der Vereinigung von der Bundesrepublik fortgesetzt. Außerdem wurde sogar ein zusätzlicher Ausgleich für Kostensteigerungen im zweiten Halbjahr 1990 gewährt und die Subventionierung auf private Vermieter ausgedehnt. Zum Oktober 1991 wurden die Mieten auf durchschnittlich 1,85 DM angehoben und die Betriebskosten von den Mieten abgekoppelt. Eine weitere genau festgelegte Anhebung um etwa 1,- DM bis 2,- DM je nach Ausstattung ist für Anfang nächsten Jahres geplant.

Die Mieten in den neuen Bundesländern wurden zwar deutlich erhöht, im Vergleich zu den alten Bundesländern liegen sie aber immer noch bei nur 25% bis 30% des Westniveaus. Hierbei muß allerdings auch berücksichtigt werden, daß die Qualität der Wohnungen insgesamt auf einem deutlich niedrigeren Niveau liegt und die Quadratmeterzahl pro Kopf ebenfalls geringer ist (alte Länder 36,9 qm, neue Länder 26,1 qm jeweils 1990³). Deutlich wird der gravierende Unterschied bei den Mieten beispielsweise bei der Betrachtung des privaten Verbrauchs von Familien des Haushaltstyps II (4-Personen-Haushalt mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen) in den neuen und in den alten Bundesländern. In den alten Bundesländern gaben diese Haushalte 1991 im ersten Vierteljahr durchschnittlich 22,9% (764,09 DM) ihres gesamten privaten Verbrauchs für Mieten aus, während der gleiche Haushaltstyp in den neuen Ländern nur 3,5% (83,74 DM) ausgeben mußte.

Auch die Energiepreise wurden in der ehemaligen DDR stark subventioniert. Diese Subvention wurde zum 1. Januar 1991 abgebaut, so daß die Preise für Energie, je

Tabelle 2
Monatliche Einnahmen der Haushalte nach Haushaltstypen

	Rentnerehepaare				Ehepaare mit 2 Kindern			
	Ostdeutschland		Westdeutschland 1990	Ostdeutschland		Westdeutschland 1990		
	1. Hj. 1990	2. Hj. 1990		1. Hj. 1991	2. Hj. 1990			
	in Mark	in DM		in Mark	in DM			
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	0	—	—	1	2453	2796	2929	5883
Bruttoeinkommen aus selbst. Tätigkeit und Einnahmen aus Vermögen	43	—	—	242	49	76	72	747
Einnahmen aus Übertragungen und Untervermietung	1240	1533	1700	1994	457	422	467	456
dar. lfd. Übertragungen vom Staat	1140	1506	1682	1833	348	345	387	168
Haushaltsbruttoeinkommen	1283	1556	1722	2122	2958	3294	3469	7085
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1308	1563	1720	2181	2656	2743	2820	6095

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

nach den jeweiligen Erzeugerkosten, in etwa das Niveau in den alten Bundesländern erreichten, was beispielsweise für Steinkohle und Braunkohle eine Verdrei- bzw. Verfünffachung der Preise bedeutete⁴.

Die Tarife für die Personenbeförderung im öffentlichen Nahverkehr liegen noch deutlich unter denen in den alten Bundesländern, auch wenn sie stark erhöht werden sollen (30% bis 120% für Stadtbahnen und Busse, 20% bis 30% für Taxifahrten). Der Verwendungszweck Bildung und Unterhaltung wird ebenfalls subventioniert, wobei die Ausgaben für Kindergärten nur die Hälfte der entsprechenden Ausgaben in den alten Bundesländern betragen, obwohl sie bereits um das Anderthalbfache erhöht wurden.

Induzierte Preisschwankungen

Die Subventionierung und ihr Abbau übt einen unmittelbaren Einfluß auf die Preisentwicklung aus. Bei der Preisentwicklung in den neuen Bundesländern waren in jüngerer Zeit drei Phasen mit starken Schwankungen zu verzeichnen. Der erste große Preisausschlag fand kurz nach der Einführung der D-Mark statt; bis dahin waren die Preise administrativ festgelegt. Außer im weiterhin subventionierten Bereich Mieten und Energie veränderte sich der Preisindex für jeden Verwendungszweck so deutlich nach oben oder nach unten, daß schließlich die Preise um ganz neue Niveaus pendelten. Der zweite große Preisausschlag, der in der Summe, gemessen in Prozentpunkten, etwas geringer als der erste ausfiel, fand im Januar 1991 statt. Dieser ist im wesentlichen auf Preissteigerungen bei der Haushaltsenergie und den Verkehrsleistungen aufgrund des Abbaus von Subventionen zurückzuführen. Am stärksten wirkte sich jedoch die Vervielfachung des Preisindex für Mieten und eine zweite deutliche Anhebung der Preise für Haushaltsenergie im Oktober 1991 aus.

Durch die drei beschriebenen Preisausschläge veränderte sich die Struktur des privaten Verbrauchs jeweils in Richtung auf die westdeutsche Verbrauchsstruktur. Die Ausschläge wurden durch Aufhebung der Preissubventionen ausgelöst. Wenn auf eine Fortführung der Subventionierung von Beginn an verzichtet worden wäre, wobei allerdings eingeräumt werden muß, daß dies anfangs technisch schwer möglich war, wäre nur der erste Preisausschlag zu verzeichnen gewesen, der dann wahrscheinlich stärker ausgefallen wäre. Er hätte aber aufgrund von personengebundenen Transferzahlungen deutlich abgemildert werden können. Eine Folge der Subventionierung ist wohl darin zu sehen, daß die Bevölke-

rung in Ostdeutschland, obwohl sie von dem notwendigen Subventionsabbau wußte, sich an Warenkörbe gewöhnte, die sich aus Produkten mit verzerrten relativen Preisen zusammensetzten.

Fazit

Die Struktur des privaten Verbrauchs in Ostdeutschland wurde also zunächst durch Präferenzen geprägt, die den Wunsch der Bevölkerung der ehemaligen DDR beinhaltete, das Konsumniveau der Westdeutschen möglichst schnell zu erreichen. Dafür waren einerseits Käufe langlebiger Gebrauchsgüter notwendig, die die Verbrauchsstruktur kurzfristig veränderten, und andererseits beeinflusste das veränderte Kaufverhalten bei anderen Verbrauchsgütern die Verbrauchsstruktur nachhaltig. Weil aber die Preise insbesondere für Mieten und Haushaltsenergie zunächst weiterhin subventioniert bleiben, weicht die Verbrauchsstruktur noch immer deutlich von der in Westdeutschland ab. Die Haushalte haben also im Vergleich zu Westdeutschland relativ mehr Geld für andere Verwendungszwecke zur Verfügung. Die Nachholkäufe, die wahrscheinlich auch ohne diese Preissubventionierungen erfolgt und durch die Auflösung der Ersparnisse und die mittlerweile steigenden Erwerbseinkommen finanziert worden wären, wären wohl langsamer und möglicherweise nicht auf dem hohen Niveau getätigt worden.

Die Subventionierung hatte also hauptsächlich den Effekt, daß die Aufholphase der ostdeutschen Haushalte verkürzt wurde. Hiervon profitierte im wesentlichen die Automobilbranche, denn hier war der Kaufwunsch der Ostdeutschen am größten. Es wurden also mehr und höherwertigere PKW nach Ostdeutschland verkauft, als dies ohne die beschriebene Preissubventionierung möglich gewesen wäre. Aber auch die Branchen, die Güter für die Haushaltsführung, insbesondere elektrische Haushaltsgeräte und Güter für die Wohnungsinstandsetzung, herstellen, zählten zu den Gewinnern dieser Maßnahme.

Preissubventionen führen nicht nur zu verzerrten Preisen, beim notwendigen Abbau der Subventionen muß auch mit weiteren starken Preisausschlägen gerechnet werden. Außerdem wird der Abbau der Preissubventionen wegen dieser Wirkungen möglicherweise politisch immer schwerer durchsetzbar, so daß sogar die Gefahr einer dauerhaften Fehlsubventionierung besteht. Wenn die Haushalte in Ostdeutschland während der Übergangsphase lediglich auf ihr Erwerbseinkommen, auf ihre Transferleistungen und auf ihre Ersparnisse hätten zurückgreifen müssen, wäre nach einer anfänglich starken Preisanpassung inzwischen wahrscheinlich eine gleichmäßigere und nicht eine verzerrte Entwicklung in Richtung auf die westdeutsche Verbrauchsstruktur eingetreten.

⁴ Vgl. K.-D. Bedau u. a.: Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern, in: DIW: Beiträge zur Strukturforchung, H. 126, Berlin 1992, S. 181 ff.